

Die Gesundheitsreform stoppen

Die 250 Delegierten des Außerordentlichen Deutschen Ärztetages verabschiedeten eine Resolution mit dem Titel „Mehr Freiheit wagen und Verantwortung tragen – diese Reform jedoch macht krank!“. Professor Dr. Dr. h. c. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), warnte vor Rationierungsmedizin.

Einstimmig appellierten einen Tag vor dem Kabinettsbeschluss die Repräsentanten des Außerordentlichen Ärztetages und der Sondervertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) zusammen mit den freien Ärzteverbänden an Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Reform aus Verantwortung für Deutschland zu stoppen. Tags darauf soll die Reform vom Bundeskabinett als Regierungsentwurf beschlossen werden. Damit wird das parlamentarische Beratungsverfahren eingeleitet. Die Ärzteschaft reagierte darauf mit großer Besorgnis, bot dem Gesetzgeber jedoch den konstruktiven Dialog an. Die Große Koalition zerschlage leistungsfähige Strukturen der ärztlichen Versorgung, demotiviere die Beschäftigten im Gesundheitswesen und zerstöre das Vertrauen der Patienten in die Medizin nachhaltig, hieß es in der einstimmig verabschiedeten Resolution.

Fraktionen des Bundestages

Eingeladen in das Palais am Funkturm in Berlin waren die Vertreter der Fraktionen im Deutschen Bundestag: Wolfgang Zöllner, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Martina Bunge, Mitglied der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, sowie Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. An der Debatte beteiligten sich ferner Dr. Maximilian Zollner, Sprecher Allianz Deutscher Ärzteverbände, Rainer Kötzle, Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärzterverbandes, Dr. Frank Ulrich Montgomery, Bundesvorsitzender des Marburger Bundes, Sabine Rothe, Bündnis Gesundheit 2000, Ulrich Boltz, Patientenvertreter, und Professor Dr. Norbert Klusen, Vorstandsvorsitzender der Techniker Krankenkasse.

Gegen staatliche Zuteilungsmedizin

BÄK-Präsident Hoppe warnte in seinem Eingangsstatement vor einer staatlichen Zuteilungsmedizin. In Zukunft werde der Staat nämlich nach Haushaltslage den Beitragssatz festsetzen und der Spitzenverband Bund den Ärzten in einem ruinösen Preiswettbewerb die Verantwortung für die Mangelversorgung übergeben. „Wir sind keine Staatsmediziner und keine Rationierungsassistenten“, sagte der Präsident wörtlich. Fünf Punkte nannte Hoppe, warum die Reform schädlich für eine gute Medizin sei:

1. Die Selbstverwaltung werde zerstört, um eine staatsmedizinische Bürokratie aufzubauen.
2. Dem „absoluten Monopolisten“ Spitzenverband stünden atomisierte KVen gegenüber.
3. Der Gemeinsame Bundesausschuss werde als „Behörde für Zuteilungsmedizin“ fungieren.
4. „Geradezu perfide“ sei das Täuschungsmanöver mit dem einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) in Euro.
5. Um die Marktberreinigung bei Kliniken zu beschleunigen, werde den Krankenhäusern ein Sonderopfer von 500 Millionen Euro abverlangt.

Dr. Andreas Köhler, Vorsitzender der KBV, bewertete die Reform als „Horrorszenario“. Er prognostizierte, dass vielen Praxen für die nächsten Jahre die Pleite drohe. Ursache dafür sei, dass die Unterfinanzierung der ambulanten Medizin fortgeschrieben werde. Dies liege an dem angekündigten Euro-EBM, der die Budgetierung weiterführen werde. KBV und KVen würden zu „Lumpensammlern“, wenn sie, wie geplant, aus dem Geschäft der Sonderverträge, wie beispielsweise Integrationsverträge oder Hausarztversorgung, ausgegrenzt bleiben. Köhler sah ein „gigantisches Arztpraxisvernichtungsprogramm“ im vorliegenden Entwurf zur. Jeder Arzt müsse sich „jetzt wehren“.

Verteidigung und Kritik

Die Koalitionspolitiker verteidigten den Entwurf zur Reform, während die Vertreter der Opposition ihren Auftritt zu scharfer Kritik nutzten. Unionsfraktions-Vize Wolfgang Zöllner sagte, dass keine Staatsmedizin geplant werde



Lob und Tadel für die Gesundheitsreform: Wolfgang Zöllner, Elke Ferner, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Martina Bunge und Renate Künast (v. li.).

und erntete dafür Buhrufe aus dem Plenum. Der geplante Spitzenverband Bund werde weniger Aufgaben wahrnehmen als die sieben Spitzenverbände heute. Es müsse gewährleistet sein, dass Ärzte nicht wegen Haftungsfragen die teurere Behandlungsalternative wählen. Für FDP-Chef Guido Westerwelle bedeutet der Gesundheitsfonds die Schaffung einer Bundesagentur für Gesundheit, die Beiträge verwaltet wie die Krankenkassen auch. „Es wäre das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass zwei Bürokratien preiswerter sind als eine“, sagte der FDP-Chef und erntete dafür tosenden Applaus der Delegierten. Marburger Bund-Chef Dr. Frank Ulrich Montgomery forderte, dass die Ärzte mit klaren Vorschlägen in die Diskussion eingreifen müssten. Nur Frontalopposition reiche nicht aus. Montgomery legte ein Zehn-Punkte-Programm vor, das unter anderem eine Kapitaldeckung vorsieht. Versicherte sollten den Arbeitgeberbeitrag ausbezahlt bekommen. Der Vorsitzende des Deutschen Hausärzterverbandes, Rainer Kötzle, stellte klar, dass er die Reform zwar auch mit Skepsis betrachte, sie aber nicht komplett ablehne.

Angenommen wurde der Entschließungsantrag aus Bayern, der die Vorstände von BÄK und KBV sowie die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) aufforderte, sich an die Spitze einer Informationskampagne für die Patientinnen und Patienten unter Einbindung der Verbände und der Patientenvertreter zu stellen. Gefordert wurden:

1. Ein nationaler Aktionstag
2. Patienteninformationen
3. Resolutionen.

Dagmar Nedbal (BLÄK)